

RATS-INFO

Ausgabe Juni 2008

Ratsversammlung debattiert über Armut in Hannover

Auf Antrag der LINKEN beschäftigte sich der Rat der Landeshauptstadt am 12. Juni in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Armut in Hannover“.

Laut dem jüngsten Sozialbericht von Sozialdezernent Thomas Walter (CDU) galten in Hannover Ende 2007 nahezu 100.000 Personen als „relativ arm“. Das heißt, ihr Einkommen betrug weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Fast 22.000 Kinder waren danach auf Sozialleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen.

Michael Höntsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, nannte diese Tatsache „ein Armutszeugnis für die Politik in unserem reichen Land“. Er erinnerte daran, dass die rot-grüne Ratsmehrheit den Antrag der LINKEN zur Einführung eines Sozialtarifes bei den Stadtwerken für Menschen mit geringem Einkommen abgelehnt hat. Entsprechende Forderungen des Bundesumweltministers Sigmar Gabriel (SPD) seien anscheinend nur Wahlkampfgeklingel. Abgelehnt wurde auch der Antrag der LINKEN, Stromabschaltungen durch die Stadtwerke zu verbieten, wie es in Belgien und Frankreich gesetzlich verankert ist.

Alle Fraktionen sehen Problemdruck

Bürgermeister Bernd Strauch (SPD) sprach von einem „Teufelskreis der Armut“, bei dem Armut auch in der Familie weiter gegeben werde. Aus der Schuldenfalle könnten viele nur schlecht entkommen. Lösungsvorschläge von Seiten der Stadt machte er nicht. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Lensing benannte die Abstiegssängste des Mittelstandes und die Angst vor der Arbeitslosigkeit, das Wichtigste sei deshalb eine Zunahme der Beschäftigung. Er forderte außerdem eine Verbesserung der Teilhabe, ohne dabei aber konkret zu werden.

Für die Grünen nannte Ratsfrau Kathrin Studier die Tafeln zur Essensausgabe und das Sozialkaufhaus eine Erfolgsgeschichte. Sie kritisierte das Land Niedersachsen für die Kürzungen bei der Schuldenberatung. Gerade für Frauen mit ihren immer noch geringeren Einkommen als Männern müsste es eine besondere Strategie der Armutsbekämpfung geben. Jens Meyburg von der FDP thematisierte die Kinderarmut, wollte aber die Sozialleistungen nicht erhöhen, sondern Chancengleichheit durch Bildung wieder herstellen. Sozialdezernent

Walter zitierte den Bundespräsidenten Horst Köhler, wonach die Schere von arm und reich immer weiter auseinander geht. Dies sei allerdings kein hausgemachtes Problem der Landeshauptstadt, die Stadt wisse jedoch um ihre soziale Verantwortung und nehme sie auch wahr.

Kommune in der Verantwortung

Der linke Ratsherr Jeremy Krstic gab Thomas Walter darin Recht, dass die Ursachen für Armut nicht bei der Stadt liegen würden, wohl aber von ihr bekämpft werden könnten. Krstic verwies auf die Forderung der LINKEN nach einem Sozialpass für Hartz IV-Empfänger und Geringverdiener zum kostengünstigen Eintritt in kulturelle, soziale und sportliche Einrichtungen.

Bereits vor einigen Wochen hatte die rot-grüne Koalition auch den Antrag der LINKEN zur Einführung eines Schulmittelfonds für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen abgelehnt. Dies sei keine kommunale Aufgabe begründete Kerstin Tack die Ablehnung der SPD in der Debatte. „Sie haben diesen Schulmittelfonds abgelehnt“, sagte dagegen Michael Höntsch an die rot-grünen



**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

mit diesem neuen Rats-Info erhalten Sie wieder aktuelle Informationen über die Politik der Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover. Mit der Aktuellen Stunde zum Thema „Armut in Hannover“ haben wir wieder einmal den Finger in die Wunde der neoliberalen Politik gelegt und auf deren Folgen aufmerksam gemacht.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Michael Höntsch
Fraktionsvorsitzender

Ratsmitglieder gewandt, „und Sie heulen jetzt hier Krokodilstränen. Dafür kann sich kein einziges Kind auch nur einen einzigen Bleistift kaufen!“

LINKE fragt nach Aufenthaltsverboten für Jugendliche

Anfang Mai hat die Polizei Aufenthaltsverbote gegen Jugendliche in der Innenstadt von Hannover ausgesprochen, um damit gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern. Die Platzverweise richteten sich auch gegen Personen, die bisher nicht gerichtlich belangt

wurden und deshalb als unbescholtene Bürger zu gelten haben. DIE LINKE hat eine Anfrage dazu an die Ratsversammlung gestellt, weil damit der Artikel 11 des Grundgesetzes durch polizeiliche Willkür eingeschränkt werden könnte. Darin heißt es: „Alle Deutschen

genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.“ Ordnungsdezernent Marc Hansmann (SPD) sieht dagegen eine präventive Wirkung durch die Aufenthaltsverbote. Laut Polizei würden die Maßnahmen „zu gegebener Zeit“ evaluiert.

Lokaler Integrationsplan verabschiedet

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und LINKEN hat die Ratsversammlung den Lokalen Integrationsplan verabschiedet, der für eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sorgen soll. Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD) bezeichnete die Integration eines Viertels der HannoveranerInnen, die ausländische Wurzeln haben,

als Querschnittsaufgabe aller Ressorts. DIE LINKE hat dem Integrationsplan trotz Kritik zugestimmt, um sich einer Verbesserung der Lebensbedingungen der MigrantInnen nicht entgegenzustellen. Allerdings fasst der Lokale Integrationsplan hauptsächlich Leistungen und Bemühungen der Stadt zusammen, die auch bisher schon stattfanden. Ein

substanzieller Fortschritt ist deshalb nicht zu erkennen. Ein großes Problem sind außerdem die nur schleppend verlaufenden Einbürgerungen beim Ausländeramt der Stadt. „Einbürgerung sollte der Beginn einer erfolgreichen Integration sein und nicht der krönende Abschluss“, sagte Michael Höntsch als Vorsitzender der Linksfraktion.

Neue Chancen für Stadtteilzentrum Südstadt

Der von der Verwaltung favorisierte Verkauf der ehemaligen Sehbehindertenschule in der Krausenstraße an die Montessorischule Langenhagen ist gescheitert. Der Grund ist das unzureichende Finanzierungskonzept der Montessorischule Langenhagen. Der linke Ratsherr

Jeremy Krstic kritisiert die mangelhafte Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und der Seriosität des Kaufinteressenten durch die Stadt. Jetzt wird ein anderer Mitbieter den Zuschlag bekommen. „Damit steigen die Chancen für ein Stadtteil- und Kulturzentrum an diesem

Ort“, freut sich Roland-Schmitz-Justen, linker Bezirksratherr im Stadtbezirk Südstadt-Bult. Ein weiterer möglicher Käufer hat bereits angeboten, die benötigten Räume in der ehemaligen Sehbehindertenschule an ein zukünftiges Stadtteilzentrum zu vermieten.

IMPRESSUM